

Breslauer Zeitung.



Wierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilage 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrnhuterstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 600. Mittags-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 23. Dezember 1862.

Zweite Ausgabe.

Unser heutiges Mittagsblatt ist wegen eines Beitrags zum National-Fonds betreffenden, Inzerats polizeilich mit Beschlag belegt worden. Wir veranlassen daher diese zweite Ausgabe mit Weglassung des Inzerats. Die Redaction der Breslauer Zeitung.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Turin, 21. Dezbr., Nachmittags. Der Dampfer „Sardinien“, auf welchem Garibaldi sich nach Caprera begeben wollte, ist durch stürmisches Wetter genöthigt worden, nach Livorno zurückzukehren. Wie gerüchelt wird, denkt Garibaldi nach Neapel zu gehen.

Turin, 22. Dezbr. Eine aus französischen und italienischen Truppen zusammengesetzte Ronde unter dem Befehle des Majors Lochelli hat an der päpstlichen Grenze die Reste der Bande Trifany's zerstreut.

Das officielle Journal in Neapel theilt mit, daß das Ministerium die Einfindung der Akten betreffs der Camorra nach Turin angeordnet habe, um die Maßregeln, welche die Vernichtung der Camorra herbeiführen sollen, zu prüfen.

Paris, 21. Dez. Nach Berichten aus Madrid vom gestrigen Tage hat der Minister des Aeußern in den Cortes gesagt, daß die Allirien in die inneren Angelegenheiten Mexico's nicht interveniren dürften. Er erklärte, daß das spanische Cabinet die Convention von Soledad und das Benehmen seines Bevollmächtigten gebilligt habe und sagte, daß es die Wiederentscheidung Prim's, nachdem der französische Admiral Lagraviere seine Vollmachten überschritten, gut geheissen habe. Der Minister sagte schließlich, die Beziehungen Spaniens zu den Mächten seien herzlich, Spanien habe den Vertrag von London respectirt. (Weitere Ausföhrung der Depesche im Morgenblatt.)

Preußen.

Berlin, 22. Dez. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben heute Nachmittag um 2 1/2 Uhr dem bisherigen kaiserlich französischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Baron v. Talleyrand-Périgord, in Allerhöchstem Palais eine Privat-Audienz zu erteilen, und aus dessen Händen ein Schreiben Sr. Maj. des Kaisers der Franzosen entgegenzunehmen geruht, wodurch derselbe in der Eigenschaft eines Botschafters bei Allerhöchstdenemselben beglaubigt wird. Nach beendigter Audienz wurde der Baron v. Talleyrand-Périgord von Ihrer Majestät der Königin empfangen.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: den Wirklichen Geheimen Rath und Kammerherrn v. Ugedom in den Grafenstand zu erheben.

Der königl. Bau-Inspektor Bärner zu Ortelburg ist in gleicher Eigenschaft nach Friedeberg A.-M. versetzt worden. (St. A.)

Berlin, 22. Dez. Se. Maj. der König wohnte gestern Vormittags mit Ihren königlichen Hoheiten den Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin und den übrigen hohen Herrschaften dem Gottesdienste im Dome bei, und hatten darauf eine lange Unterredung mit Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Albrecht, Höchstweicher am Morgen nach mehrmonatlicher Abwesenheit von St. Petersburgs hierher zurückgekehrt ist. Darauf konferirten des Königs Majestät mit dem königl. Bunoetagsgesandten Herrn v. Sydow. Se. Maj. der König nahm im Laufe des heutigen Vormittags die Vorträge des Ober-Schloßhauptmanns Grafen von Keller, des Geheimen Cabinets-Raths Wirkl. Geheimen Raths Maize und des Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Raths Costenoble, so wie des Kommandanten die militärischen Meldungen entgegen.

[Ministerberatung.] Gestern Mittag 12 1/2 Uhr traten die Minister im Hotel des Staatsministeriums zu einer Berathung zusammen.

[Die Einberufung des Landtags] wird nach der „B.-u. H.-Z.“ noch in den letzten Tagen d. J. und zwar, wie früher gemeldet, auf den 10. Januar f. J., erfolgen. Wahrscheinlich wird der heute über acht Tage erscheinende „Staatsanzeiger“ die die Berufung des Landtags aussprechende königl. Verordnung enthalten.

[Ernennungen.] Der bisherige Gesandte in Dresden, Herr v. Savigny, ist zum Gesandten in Brüssel und der Geheime Rath Graf Kanbau, bisher im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, zum Gesandten in Dresden ernannt worden. Zum General-Consul in Warschau ist der bisherige Gesandtschafts-Secretair in Madrid, Legationsrath v. Renkenberg, ernannt.

[Amtliche Inzerate.] Die „Kreuzzeit.“ schreibt: Die Angabe mehrerer Blätter, daß ein Verbot des Inzerirens amtlicher Bekanntmachungen in regierungsföndlichen Blättern erfolgt sei, beruht, wie versichert wird, auf einem Irrthum. Dagegen soll neuerdings ein Staatsministerialbeschluss erfolgt sein, nach welchem amtliche Inzerationen, insoweit nicht besondere Vorschriften es anders erfordern, ausschließlich im Staats-Anzeiger, in den Regierungs-Amtsblättern und in den amtlichen Kreis-Anzeigebülleten erscheinen sollen.

Berlin, 22. Dez. [Hörsche Ausföhrungen.] Einen Leit-Artikel über die „neuesten Maßregeln“ beginnt die „Kreuz.“ mit den folgenden Worten: „Mit lebhafter Befriedigung (das glauben wir!) sind wir den letzten Schritten des Ministeriums gefolgt, und zwar um so mehr, als dieselben von der Art sind, daß sie nothwendig in weiteren Thaten ihre Ergänzung finden müssen.“ — Also, alles bisher Geschehene ist nur die Einleitung; nun es ist nur gut, daß man uns das sagt. Es wird wirklich ganz hörsch bel und werden, und die übrigen deutschen Volksstämme werden sich vor Sehnsucht gar nicht lassen können, um nur recht bald des glücklichen Regierungssystems in Preußen theilhaftig zu werden. Die „Kreuz.“ fährt fort: „Vorausichtlich, ja wahrscheinlich werden entscheidende Maßregeln nach dem gangbaren Ausdruck „die Aufregung noch steigern.“ (Darin irrt sich die „Kreuz.“ gründlich; wo ist denn Aufregung? Im Gegentheil, überall herrscht die größte Ruhe.) doch ist dies eben so nothwendig als unvermeidlich. Der Verlauf einer jeden Krisis besteht ja eben darin, daß sie zunächst ihren Gipfel erreicht, von da aber allmählich wieder abfällt und durch die rechten Mittel geheilt wird. Man höre deshalb auch nicht auf diejenigen, welche nicht müde werden, „Beruhigung“ zu predigen und zu Concessionen zu rathen. Mit der ersten Concession wäre jetzt noch unserer Ueberzeugung Alles verloren.“ Nun unverblümt kann man den Haß nicht predigen; unverblümt kann man die zwischen Regierung und Volk bestehende Kluft nicht erweitern. Der Schluss lautet: „Veröhnen und versändigen kann man sich eben nur mit politisch nützlichen Leuten; daß aber unser Volk wieder nüchtern und von dem Strick des Verföhrers los werde, dazu ist vor Allem eine eiserne unbiegsame Consequenz der Regierung vonnöthen. Sehen wir doch, daß es mit dem Nationalfonds-Schwindel

schon jetzt zu Ende geht, also noch zeitiger, als wir vorausgesetzt. Eben so wird es allem übrigen Schwindel ergehen, wenn die Regierung ihrerseits fest zu bleiben versteht.“ Das ist sehr gut! Nachdem die Regierung für nöthig gehalten, mit der größten Energie gegen die Sammlungen für den Nationalfonds vorzugehen, hört der „Nationalfonds-Schwindel“ auf. Große Weisheit! Wenn Etwas verboten wird, hört es auf — oder aber das Volk müßte das thun, was die „Kreuzzeitung“ gern möchte: so eilige Ungeschehenheiten u. s. w. Dieser Artikel der „Kreuzzeitung“ giebt uns große, ganz überraschende Hoffnung, daß das Ende der Reaction außerordentlich nahe ist.

[Verkehrsstörung.] Nach telegraphischen Nachrichten des hiesigen General-Postamtes sind bis heute Mittag die englischen Posten aus London vom 20. Morgens und Abends in Köln noch rückständig gewesen, weil stürmisches Wetter die Ueberkunft der Schiffe nach Ostende verzögert hat.

Insterburg, 19. Dez. [Hagen wiederholt verhaftet.] Gestern ist der Redacteur der „Insterb. Ztg.“, Hr. Otto Hagen wiederum verhaftet worden. Derselbe veröffentlicht in der „Insterb. Z.“ folgende Mittheilung:

„Nachdem ich heute wiederholt verhaftet worden bin, theile ich den mir gewordenen Bescheid auf meine Remonstrations in nachstehendem Wortlaut mit, indem ich bemerke, daß ich auch jetzt bei meinen früheren Erklärungen aus den angegebenen Gründen stehen zu bleiben entschlossen bin.“

Otto Hagen.
„Auf Ihre Vorstellung vom 11. November d. J., betreffend die von Ihnen verlangte zeugeneidliche Vernehmung, wird Ihnen zum Bescheide ertheilt, daß, da dieselbe im Wesentlichen nichts Neues enthält und Alles, was Sie jetzt wiederholt an- und ausföhren, bereits bei Prüfung Ihrer früheren Beschwerden über das königliche Appellationsgericht daselbst von uns einer reiflichen Erwägung unterworfen worden ist, — es lediglich bei unserer Verfügung vom 5. Nov. d. J. sein Bemenden behält. Wenn Sie aber jetzt anscheinend auch darüber ausdrücklich beschreiben zu sein wünschen, wie lange das wider Sie eingeleitete Zwangsverfahren noch dauern solle, so gehört es nicht zum Beruf des Obertribunals, über künftige Eventualitäten zum Voraus eine Entscheidung zu treffen; dasselbe ist vielmehr durch Ihre Beschwerde vom 20. v. M. nur mit der Frage befaßt worden, ob der Beschluß des dortigen königl. Appellationsgerichts vom 14. Okt. d. J., wodurch Ihre Wieder-verhaftung angeordnet worden, bei jetziger Lage der Sache gerechtfertigt gewesen oder nicht. Diese Frage hat mühen bejaht werden und damit ist der Gegenstand erledigt. Berlin, den 19. Novbr. 1862. Königl. Ober-Tribunal v. Schmidmann. An den Redacteur der „Insterburger Ztg.“ Herrn Otto Hagen zu Insterburg.“

Deutschland.

Frankfurt, 20. Dez. [Die linksrheinische Eisenbahn.] Heute Mittag 12 Uhr 20 Minuten langte der Festzug der linksrheinischen Eisenbahn in dem hiesigen mit den frankfurter und deutschen Farben geschmückten Bahnhof der Main-Weidabahn an. Zwei Lokomotiven, mit Kränzen, dem frankfurter und hiesigen Wappen gezier, brachten uns verschiedene zum Feste geladene Gäste aus Mainz und Darmstadt, unter welchen wir den Großherzog von Hessen nebst zwei Prinzen des Hauses, den Herrn v. Dalwigk, die Festungsbehörde von Mainz, die Direktion und den Verwaltungsrath der hiesigen Ludwigsbahn, so wie eine bedeutende Anzahl hiesiger Staatsdiener bemerkten. Nach einer im Wartesaale von dem Großherzog vorgenommenen Ordensvertheilung an sechs Beamte der Ludwigsbahn-Gesellschaft fuhr der Festzug nach Mainz zurück, dem sich nun von hier eine aus fünf Senatoren bestehende Senatsdeputation, der Präsident des gesetzgebenden Körpers, Senior und Bureau des Grundbesitzer-Collegiums, mehrere Stadtgerichtsräthe, die Direktoren und Verwaltungsräthe der anderen hiesigen Eisenbahnen, die Bundes-Militär-Commission und der bayerische Gesandte, Herr v. v. Pforben, anschlossen. Bei dem Eintreffen und der Abfahrt des Zuges spielte die frankfurter Militärmusik.

Frankfurt a. M., 21. Dez. [Die Mehrheit des Bundesgerichts-Ausschusses] glaubt die Forderung der Stimmeneinheitigkeit für den Antrag vom 14. August damit beizulegen zu können, daß sie auszuföhren versucht, es handle sich nicht schon um die „gemeinnützige Anordnung“, selbst, sondern nur um ein Mittel für diese, für das eigentliche Object, die Civilprozess-Ordnung u. (Preußen beweist bekanntlich, daß es sich nicht um eine „gemeinnützige Anordnung“, noch um eine „organische Einrichtung“ handle, sondern um ein Novum, eine Kompetenzerweiterung, durch die legislatorische Initiative des Bundes). In jener Beziehung ist die folgende Stelle aus dem Gutachten der Ausschussmehrheit bezeichnend genug, wenn es heißt: „Demgemäß könnte aber jetzt von dem Erordernisse der Stimmeneinheitigkeit nur gesprochen werden, wenn die in Vorschlag gebrachte Delegirtenversammlung eine organische Einrichtung bilden sollte. Gerade dies ist aber unverdenkbar nicht der Fall. Der Antrag vom 14. August d. J. bezieht sich auf die Aufgabe der Delegirtenversammlung ausdrücklich nur als eine bestimmt begrenzte, als die Beratung der Delegirten über Civilprozess und Obligationenrecht. Sie erscheint also zunächst nur als ein Mittel für Vorbereitung und Herbeiföhrung einer gemeinnützigen Anordnung. Allerdings haben die antragstellenden Regierungen zugleich den Wunsch ausgesprochen, daß ihr Vorschlag dauernd in die Organisation des Bundes übergehe; sie haben aber die Schwierigkeiten nicht verkannt, welche der Erfüllung dieses Wunsches zur Zeit noch entgegenstehen, und es kann gewiß nur förderlich sein, wenn die Erfahrung einiger bestimmter Anwendungen eines solchen Mittels abgewartet wird, bevor man den Vorschlag zu einer organischen Einrichtung macht. Bei dieser Sachlage glaubt die Majorität des Ausschusses zur Zeit auf die weitere Frage noch gar nicht eingehen zu sollen, ob und in welcher Weise es möglich erscheint, daß diejenigen Bundesglieder, welche mit einer bestimmten in Vorschlag gebrachten und zur Einführung im Einzelnen vorbereiteten gemeinnützigen Anordnung einverstanden sind, dieselbe ihrerseits wenigstens ins Leben rufen. Denn gegenwärtig handelt es sich noch nicht von der gemeinnützigen Anordnung selbst, dem gemeinschaftlichen Geheiß, sondern nur von den Mitteln zur Vorbereitung derselben, und diese ist die Majorität der Bundesglieder jedenfalls zu beschließen und ihrerseits in Wirklichkeit zu setzen berechtigt, wobei es sich eben so von selbst versteht, daß für die dissentirenden Regierungen keine Verpflichtung zur Theilnahme bestehen würde, als daß deren Widerspruch das Zustandekommen der Versammlung nicht zu hindern vermöchte. (1) Der Schluss wird eine besondere Beachtung verdienen.“

Darmstadt, 19. Dez. [Der Landtag.] Abg. Finger brachte in der heutigen Sitzung eine Interpellation, den preußisch-französischen Handelsvertrag betreffend, ein. Hiernach soll die Staatsregierung um Auskunft darüber erucht werden: 1) in welcher Weise dieselbe die preußische Note vom 18. November d. J. zu beantworten gedenke oder etwa schon beantwortet habe, und 2) welche Schritte dieselbe bezüglich der voraussichtlichen Sprengung des Zollvereins zur Befestigung dieser drohenden Gefahr zu thun beabsichtige. Die Interpellation wurde dem Ministerium des Aeußern zur Beantwortung zugestellt.

Erlangen, 19. Dez. [Dr. Herz.] der Medizinalprofessor, von dem in jüngerer Zeit mehrfach die Rede gewesen, will, wie es heißt, Baiern verlassen. Derselbe war durch einstimmigen Antrag des Senats zum ordentlichen Professor vorgeschlagen; das Ministerium wollte ihn indes, da er Jude ist, nicht befördern, sondern ihm das Prädikat eines „Ehren-Professors“ verleihen. Letzterer Gedanke war jedenfalls — sezt die „Kreuzzeitung“ hinzu — ein höchst seltsamer Ausweg!

Italien.

Turin, 18. Dez. [Freisprechung.] — Neues Journal. — Brief Garibaldi's. Die von den sicilianischen Ereignissen

her bekannten Fregatten-Capitane Giraud und Bogadro sind gestern in Genua von dem Militärtribunal freigesprochen worden. Wäre das Urtheil im entgegengesetzten Sinne ausgefallen, so würde unfehlbar eine Amnestie erfolgt sein, da der neue Marineminister, der ursprünglich die Vertheidigung Giraud's übernommen, bei seinem Eintritt in das Cabinet in dieser Hinsicht einige Bedingungen gestellt hatte. Die 32 Offiziere, welche in Sicilien ihre Entlassung eingereicht hatten und deshalb auf Antrag des Disciplinarrathes abgesetzt wurden, sind jetzt bei der Kammer mit einer Petition eingetroffen, in der sie geltend machen, daß sie nach der Art, wie General Mella sie zu einer freien Entscheidung aufgefordert habe, zu jenem Schritt sich vollkommen berechtigt hätten fühlen müssen. Da der Disciplinarrath kein eigentliches Urtheil gesprochen, sondern nur sein Gutachten abgegeben hat, so hält man es für nicht unwahrscheinlich, daß das gegenwärtige Ministerium jene strenge Maßregel wieder rückgängig mache, was übrigens nicht ohne Präcedenzfall wäre. — Vater Passaglia wird jetzt neben dem „Mediatore“ noch ein tägliches Blatt gleicher Tendenz unter dem Titel „Il Pace“ herausgeben. — Garibaldi hat einigen neapolitanischen Damen, die ihn nach ihrer Stadt eingeladen, folgende Antwort geschrieben:

„Ich glaube nicht, daß ich in diesem Augenblicke nach Neapel kommen könnte. Ich wünsche vorher einige Zeit in Caprera zuzubringen. Jedoch gebe ich Ihnen die Versicherung, daß der Tag nicht fern sein wird, an dem ich Ihnen mündlich in Neapel für Ihre freundliche und wohlwollende Aufmerksamkeit danken kann.“

Rom, 16. Dez. [Finanzverhältnisse.] Das legitimistische marceller Telegraphenbureau meldet: „Dem Bernheimen nach hat Fürst de Salour dem Papste mitgetheilt, der Kaiser sei geneigt, die päpstliche Regierung zu schützen und sie aus den abnormalen Verhältnissen, in denen sie sich befinde, zu befreien. Die päpstliche Partei zeigt sich dem Kaiser gewogener.“ Zunächst wird der römischen Curie zu Gelde zu verhelfen sein. Dem „Journal des Debats“ wird aus Rom geschrieben: „Auch einem kürzlich dem Vatican durch den Finanzminister erstatteten Bericht über den päpstlichen Schatz werden nach Ablauf von drei Monaten alle Geldquellen erschöpft sein, und es wird versichert, der Papst habe die Emittirung einer neuen Anleihe von 5 Mill. römischer Thaler in Syroc. consollirten Renten befohlen. Das jetzige römische Budget ergibt eine Einnahme von 3 Millionen römischen Thalern und eine Ausgabe von 11 Millionen, wovon die Hälfte für Pensionen und Zinsen für die Staatsschuld in Anspruch genommen wird. Um den Ausfall zu decken, griff man in den letzten Jahren zu allerlei Mitteln; man gab unter der Hand, um nicht zu sagen fast heimlich, Renten-Einschreibungen aus, die bei Vertrauten an Höfen, mit denen man gut stand, untergebracht wurden; man benutzte den Einfluß aller Bischöfe der Christenheit, um die Unterbringung einer Anleihe zu Paris zu erlangen; man verkaufte Kunstschätze an Frankreich und Rußland, und man suchte den Peterspfennig wieder in Schwung zu bringen. Letztere Hilfsquelle, die mehr und mehr im Verfliegen war, hat denn auch in drei Jahren wieder eine Höhe von 27 1/2 Mill. Frs. erreicht.“

Rom, 20. Dez. Der „Servatore romano“ zeigt an, daß im nächsten Jahre in sämtlichen Communen des Kirchenstaates die Wahl der Municipalbehörden vorgenommen wird.

Frankreich.

Paris, 21. Dezbr. Nachrichten aus Veracruz vom 1. melden, daß zahlreiche Städte sich für die französische Intervention ausgesprochen haben. Man versichert, Suarez beabsichtige die Occupation von Tlascala; den Marsch der Franzosen wolle er bei Piedras Nigras versperren. Wenn General Forey Puebla nimmt, so will Suarez Mexico unter Wasser setzen. Marquez occupirt Calchindra. Suarez hat ein Dekret erlassen, demzufolge die Ueberbringer französischer Depeschen zum Tode verurtheilt werden. Die Communication zwischen der Küste und dem Innern ist günstig. Ein in Tlascala begonnener Versuch, für Suarez eine Demonstration zu Stande zu bringen, ist mißglückt. Die Einwohner rufen: „Es leben die Franzosen!“ (??)

Spanien.

Madrid, 18. Dez. [Senat.] Bermudez de Castro versichert, die Instruktionen des General Prim hätten ihm auferlegt, in Mexico eine feste Regierung, Monarchie oder Republik, zu gründen. Der Redner billigt die Vertreibung Miramons und mißbilligt Prim's Vorgehen in Betreff Almontes. Er erkennt an, daß die Candidatur des Erzherzogs Maximilian der Grund zum Bruch gewesen. Er kritisiert das Journal, welches General Prim in Mexico veröffentlichte. Die in Orizaba hervorgerufene Meinungsverschiedenheit rühre von Prim, dem Admiral la Graviere und einem verborgenen Einfluß her, der die Intervention habe verhindern wollen. Bermudez fügt hinzu, daß die Engländer Prim getadelt haben und daß Spaniens Stellung Mexico gegenüber schlechter ist, als vor der Expedition. General Concha erklärt, er werde Bermudez de Castro's Rede beiföhnen. (Sensation.) Der Minister des Aeußern, Herr Collantes, bedauert, daß Bermudez nicht alle auf die Frage bezügliche Schriftstücke gelesen habe. Er sagt, dessen Rede sei eine Wiederholung der Rede Villakits. Der Minister wird durch offizielle Documente beweisen, daß Spanien nie von der durch den londoner Vertrag vorgeschriebenen Politik abgewichen sei. (General Concha wird morgen sprechen.)

Portugal.

Lissabon, 12. Dez. [Neuestes.] Man betrachtet hier einen Ministerwechsel oder doch wenigstens eine Modification des Ministeriums als so gut wie gewiß. Salamanca hat der Regierung ein Project zum Bau einer Eisenbahn von Dporto nach Vigo vorgelegt. Auf der Dsbahn ist ein furchtbares Unglück vorgekommen. Eine Brücke brach ein, als ein Zug, auf dem sich 200 Menschen befanden, über sie fuhr, und an 100 Personen sollen das Leben verloren haben.

Rußland.

St. Petersburg, 19. Dez. [Witterung.] — Das Unterrichtsministerium. — Bom Hofe. — Branntweinpacht. Wie es bei uns in den hohen Sommertagen gar nicht Nacht wird, so wird es jetzt nicht mehr Tag, wir leben in fortwährender Finsterniß. Freilich werden die Straßenlaternen auf polizeilichen Befehl am Morgen gleich nach 7 Uhr ausgelöscht und gegen 1 Uhr Nachmittags erst wieder angezündet, aber die neun Stunden, wo die Polizei uns den Tag octroyirt, verbringen wir in dem Zimmer doch fast ausschließlich beim Campeschein und in den meisten Büreau's und Kaufläden beginnt und schließt man die Geschäfte bei Licht. Die Gascompagnien machen unter solchen Umständen ganz gute Geschäfte, und diese würden noch besser gehen, wenn nicht das große Petersburg noch immer in vielen Stadttheilen mit Spiritusgas und sogar mit dürftigen Delampfen erleuchtet würde. Bedenkt man, daß der ungeheure Raum von Wassili-Dstrow, der ungefähr 1/2 Meilen im Durchmesser hat, der Haupt-

